

ZEITZEICHEN

Von wegen

Hans-Ulrich Brandt
über den Wahlkampf

Durchatmen im Superwahljahr: Nach drei absolvierten Landtagswahlen beginnt für die Parteien jetzt die Vorbereitung auf den großen Endspurt. Die Stimmungstests im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen waren lediglich ein Vorgeschmack auf das, was kommt. Der große Showdown, er findet erst am 24. September statt.

Knapp vier Monate sind es noch bis zur Bundestagswahl, der Wahlkampf hat nicht einmal richtig begonnen. Wer jetzt bei den Parteien nachfragt, wer von den Spitzenkräften denn wann nach Bremen kommt, erhält nur dürre oder gar keine Antworten. Dafür sei es noch zu früh. Immerhin: CDU-Fraktionschef Volker Kauder ist für den 7. August eingepflegt, die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel soll rund um den 15. August in Bremen sprechen. Und die FDP kann schon verkünden, dass Parteichef Christian Lindner für den 13. September vorgemerkt ist.

Bei SPD, Grünen, Linken und AfD hingegen noch „keine kommunikationsfähigen Termine“. Von Wahlkampfmodus nichts zu spüren. Kommen, so viel ist aber sicher, werden sie dann in den letzten Wochen vor der Wahl doch alle.

Sporadisch tauchen die ersten politischen Ankündigungsplakate für Wahlveranstaltungen aber auch jetzt schon auf. So hat gerade die Grüne Katrin Göhring-Eckardt, neben Cem Özdemir Spitzenkandidatin der Öko-Partei, in Bremen das neue Wahlprogramm präsentiert und sich den Fragen des WESER-KURIER gestellt. Ach, die Grünen. Sie haben es nicht leicht in diesem so entscheidenden Jahr. Gerade in Nordrhein-Westfalen deutlich abgestraft und aus der Regierung geflogen, im Bund weit entfernt davon, drittstärkste Kraft im Bundestag zu werden. Aber wie das alles ändern? Da fallen auch Göhring-Eckardt nur Sätze ein, die wir zur Genüge kennen und eigentlich nicht mehr hören können, weil sie nichts aussagen: „Wir müssen energisch, kräftig und schärfer werden.“

Allgemeinplätze, Phrasen, haltlose Versprechungen – ist das der Grund, weshalb Wahlkampf von vielen als lästig und überflüssig empfunden wird? Und ist er deshalb etwa sinnlos? Keineswegs, denn mag er in Teilen zu einem erstarrten Ritual geworden sein, die Zeit vor einer Wahl ist immer auch die Zeit wichtiger und oft emotionaler politischer Debatten. Die Menschen sind eben nicht unpolitisch oder gar wahlmüde, die Beteiligung bei den Landtagswahlen hat das gezeigt. Tendenz überall deutlich steigend, im Saarland wurde sogar der höchste Anstieg seit 23 Jahren registriert. Nahezu 70 Prozent sind dort zur Wahl gegangen. Eine Zahl, die bei der Bundestagswahl getoppt werden dürfte. Zur Erinnerung: 2013 lag die Quote bei rund 73 Prozent.

Das Ergebnis: Der Kampf um die politische Macht wird intensiver, Amtsinhaber werden, siehe Kiel und Düsseldorf, überraschend entthront, Regierungsbündnisse werden bunter. Eine Entwicklung, die allen Zweifeln zeigen sollte: Wählen lohnt sich und ist erste Bürgerpflicht.

hans-ulrich.brandt@weser-kurier.de

KURIER AM SONNTAG

unabhängig und überparteilich
siebte Ausgabe Ihrer Tageszeitung

VERLAG UND DRUCK:
Bremer Tageszeitungen AG
Briefanschrift: 28189 Bremen
Hausanschrift: Martinstraße 43, 28195 Bremen.

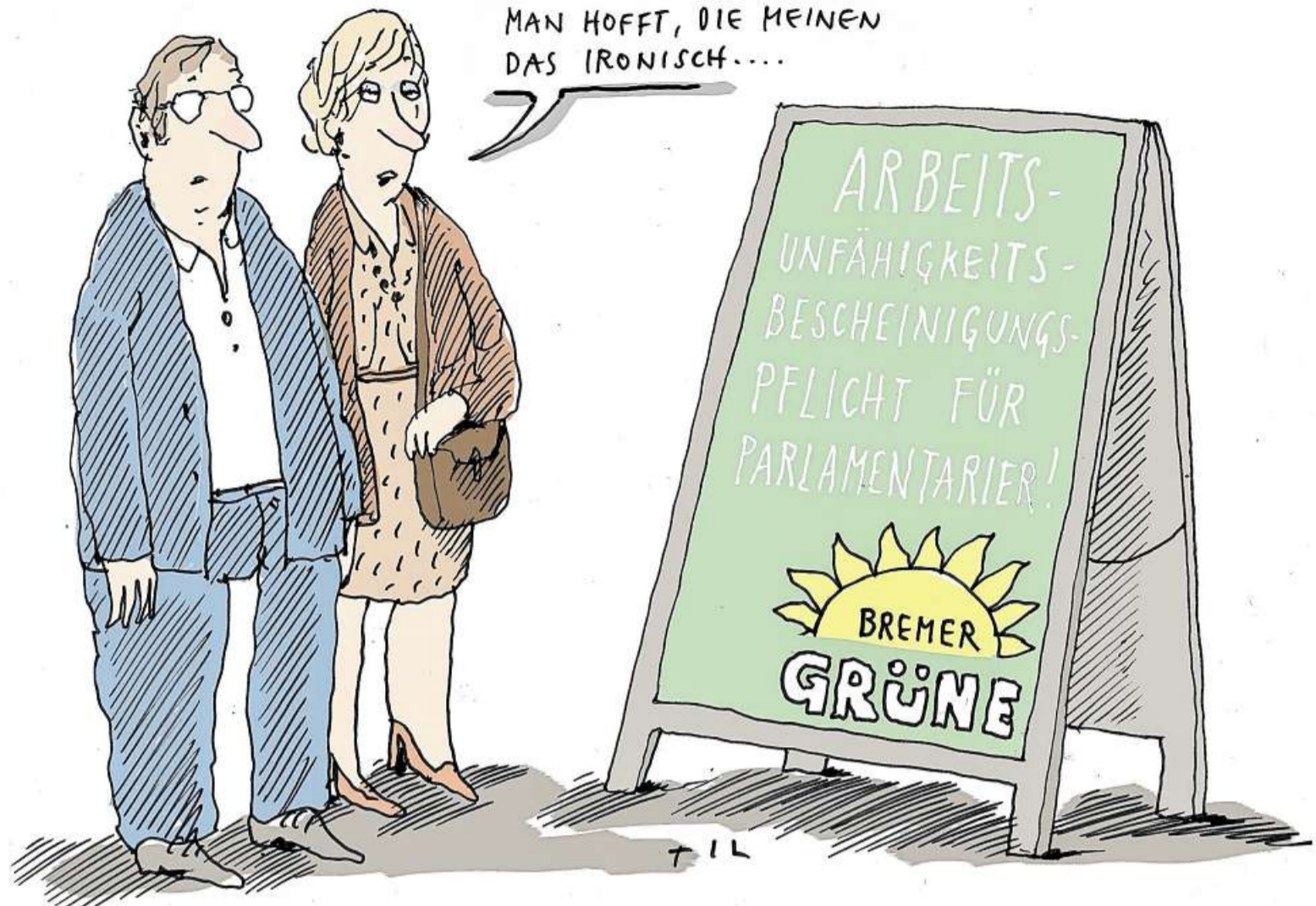
Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig
Für den Anzeigenteil verantwortlich:
David Koopmann, Tanja Bittner

Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle. Für unverlangte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Die Zustellung der Sonntagsausgabe erfolgt im Rahmen des Zeitungsabonnements. Bei Zustellung per Post erfolgt die Lieferung zusammen mit der nächsten Werktagsausgabe. Abonnementskündigung ist nur schriftlich bis zum 15. eines Monats zum Monatsende möglich. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages, bei Streik oder höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

Anzeigenpreis und -bedingungen nach Preisliste Nr. 71. Keine Gewähr für fernmündlich aufgebene Anzeigen. Gerichtsstand Bremen.

Verlag Telefon: 04 21 / 36 71 0
Telefax: 04 21 / 36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
Anzeigenannahme Telefon: 04 21 / 36 71 66 55
Kleinanzeigen Telefon: 04 21 / 36 71 10 10
Anzeigen Telefon: 04 21 / 36 71 11 00
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
Abonnenten-Service Telefon: 04 21 / 36 71 66 77
(9 bis 12 Uhr) Telefax: 04 21 / 36 71 10 20
Nachliefer-Service Telefon: 0800 / 36 71 22 2*
(8 bis 11 Uhr) (*Kostenlos aus dem Festnetz)
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de



Til Mette exklusiv für den KURIER AM SONNTAG

Diagnose
MandatsschwundSilke Hellwig
über Rot-Grün in Bremen

Es gab schon bessere Zeiten für Rot-Grün in Bremen. Wenn die Koalitionsfraktionen im Laufe einer Wahlperiode schrumpfen, weil Mitstreiter beginnen, sich mit den eigenen Parteifreunden in der Mandatsmehrheit gebildet. In Bremen magert sie ab. Es spricht nicht für politische Stabilität und parlamentarische Harmonie, wenn die Mandatsmehrheit dahinschwindet und sich nach der Hälfte der Wahlperiode auf das Minimum von einer Stimme reduziert hat. Wäre Bernd Ravens nicht schon im Sommer 2015 aus der CDU-Fraktion geflohen und nach einjähriger Schamfrist in der SPD-Fraktion untergekommen, wäre die Mehrheit dahin.

Etwas bröckelt im Staate Bremen. Der Koalition ist es bisher nicht gelungen, ihre trostlose Ausgangslage zu überwinden: 2015 gingen die Wahlverlierer SPD (minus 5,8 Prozentpunkte) und Grüne (minus 7,4) ein Regierungsbündnis ein. Alle anderen Parteien legten zu (Bürger in Wut ausgenommen). Gewiss doch, Mehrheit bleibt Mehrheit, und stärkste Kraft bleibt stärkste Kraft. Eine selbstbewusste Interpretation des Wählerwillens war die Regierungsbildung dennoch, und seither sind die Differenzen nicht kleiner geworden – nicht die zwischen SPD und Grünen, nicht die zwischen Grünen und Grünen und auch nicht die zwischen Sozialdemokraten und Sozialdemokraten.

Der Zerfall tritt in der Bürgerschaft zutage: Ohne Berücksichtigung fraktions- und parteiinterner Spaltungen, die tatsächlich intern bleiben, besteht der Landtag inzwischen aus elf Teilen, aus Fraktionen, einer Gruppe, aus Frakti-

ons- und Parteilos sowie Unabhängigen mit Parteibuch. Das ist beachtlich, da es im Mai 2015 noch acht Teile waren. Und das unterscheidet die Lage in Bremen von der in Niedersachsen: In Hannover wurde die Regierung schon mit hauchdünner Mehrheit gebildet. In Bremen magert sie ab.

Es kann in jeder Fraktion Querköpfe, Individualisten oder Kontroversen in Gewissensfragen geben. Das reformierte Wahlrecht hat die Fraktionsarbeit nicht erleichtert: Parlamentsanwärter, von der Partei auf hintere Listenplätze verbannt, können durch fleißige Stimmenakquise ins Parlament einziehen. Und man darf schon grübeln,

In der Bürgerschaft
tritt der
Zerfall zutage.

warum mit dem Abschied aus einer Fraktion nicht der aus dem Parlament einhergeht. Den nächsten auf der Liste nachrücken zu lassen, wäre im Interesse von Fraktion und Partei, die schließlich einen gewissen Anteil an jeder Karriere haben. Zudem schrumpft die politische Kraft ohne Fraktion im Rücken gewaltig. Das Persönlichkeitswahlrecht führt jedoch dazu, dass sich Abgeordnete darauf berufen, es mehr oder weniger alleine in die Volksvertretung geschafft zu haben und deshalb bleiben können.

Wer erwartet, dass Rote und Grüne den Mandatsschwund als Warnhinweis verstehen und in sich gehen, wird eher enttäuscht werden. Wem das Wahlergebnis am 10. Mai 2015 nicht enorm zu denken gegeben hat, lässt sich so schnell nicht erschüttern. Als Turhan

Özidal von den Grünen zur CDU wechselte, als Patrick Öztürk die SPD-Fraktion, aber nicht die Bürgerschaft verließ, gab es ein kurzes Zucken, dann kehrten alle zur Tagesordnung zurück. Zu grünen beginnen sich die Grünen: Sie haben mit Susanne Wendland nun zwei von 14 Abgeordneten samt Mandate in zwei Jahren verloren. Das nagt am Selbstbewusstsein, zumal sie der Bundestagswahl entgegenstehen. Aktuelle Umfragen sehen sie auf Bundesebene bei sechs Prozent. Wiedereinzug: ungewiss.

Die SPD reagiert wie gewohnt – wie ein Stein. Der ehemalige Landeschef Dieter Reinken und Bürgermeister Carsten Sieling ließen die Bremer zu dem Thema bereits in der Vergangenheit wissen, dass einer knapperen Mehrheit auch Positives abzugewinnen sei. Sie könne „disziplinierende Wirkung“ entfalten; fortan müssen gefälligst alle vollzählig antreten, wenn abgestimmt wird. Eine bezeichnende Reaktion, ehrlich und exotisch, ungeprüft von Selbstzweifeln.

Warum auch? Selbst wenn sich das Bröckeln bis 2019 zum Bröseln steigern sollte: Neuwahlen sind nicht zwingend notwendig. Eine Minderheitsregierung hätte kein Problem, sich Mehrheiten zu beschaffen, auch zum Weiterregieren. Ein Zugeständnis hier, die Aussicht auf einen Posten da – im Grunde formt sich im Parlament nur schon, was in zwei Jahren Wirklichkeit werden kann, wenn es nicht mehr für Rot-Grün reichen sollte, ob politisch oder nach Stimmen: Rot-Grün-Rot oder Rot-Rot. Den Wähler dazu zu befragen, ist also nur noch eine Formsache? Nicht ganz, Arroganz kann der SPD gefährlich werden. Man kann Wählerstimmen verlieren und trotzdem die meisten bekommen, eine Zeit lang, nicht auf Dauer.

silke.hellwig@weser-kurier.de

Bremen in Wort und Strich



...oder wie Til Mette die Stadt sieht, heißt das neue Buch des WESER-KURIER. Der Anlass: Vor zehn Jahren hat Mette das erste Mal für uns gezeichnet. Die besten 100 Karikaturen haben wir ausgewählt, Ex-WK-Redakteur Wigbert Gerling hat sie mit kurzen Texten versehen. Zu haben in allen unseren Geschäftsstellen, in Buchhandlungen (ISBN 978-3-938795-57-6), unter www.weser-kurier.de/shop und telefonisch unter 04 21 / 36 71 66 16. 192 Seiten, 14,90 Euro.

Neue Zürcher Zeitung

über Trump und die Nato: „Seine Weigerung, beim Nato-Gipfel Amerikas Beistandspflicht gegenüber den Allianzpartnern anzuerkennen, ist irritierend und zeigt, wie gering er diesen Eckpfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur schätzt. Als obsolet beschimpft Trump die Nato zwar nicht mehr. Die von Russland ausgehende Bedrohung – das seit der Krim-Annexion dominierende Thema in der Nato – erwähnt Trump kaum. Das ist merkwürdig und besorgniserregend, und es sorgte für hörbare Dissonanzen.“

Corriere della Sera/Rom

über den G7-Gipfel: „Das einzige Zeichen eines guten Willens war die titanenhafte Anstrengung, nicht beim Konzert einzuschlafen. Was den Rest angeht, wollte Donald Trump seinen Ruf als Globalisierungsgegner auf seinem ersten internationalen Gipfel nicht leugnen. Wann immer er konnte, versuchte er, das Bild des Amerikaners gegen den Rest der Welt zu beschwören. Bis zur Wahl der Unterwelt: Er ist der Einzige, der nicht im San Domenico schläft.“



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen.

Abgase machen Allergene aggressiver

Andrea Wallrafen
über Gesundheit und Straßenverkehr

Asthma ist eine Volkskrankheit. Geschätzt acht Millionen Deutsche sind betroffen. Zwei bis vier Prozent der Erwachsenen und bis zu sieben Prozent der Kinder. Fast 5000 Todesfälle gehen jedes Jahr auf das Konto der Atemwegserkrankung. Asthma ist eine chronisch entzündliche Erkrankung der unteren Atemwege und kann verschiedene Formen haben. Typische Asthma-Beschwerden sind ständiger Husten, Giemen, pfeifende Atemgeräusche, Engegefühl in der Brust, eine anfallsweise auftretende Atemnot und eine stetige Entzündung der Bronchien. In den meisten Fällen ist Asthma gut behandelbar, jedoch sollten

allergische Auslöser und Reizfaktoren gemieden werden. Als Auslöser kommen Pollen, Schimmelpilze, Hausstaubmilben und Tierhaare in Frage. Zusätzlich sind unsere Atemwege vielen Reiz- und Schadstoffen ausgesetzt. Hohe Ozonwerte und Stickoxide (NOx) reizen dabei ebenfalls die Atemwege. Weitere Verkehrsemissionen können Atemwegserkrankungen sogar fördern.

Bei den Diskussionen zum Abgasskandal gerät die gesundheitsschädigende Wirkung von Verkehrsabgasen oft zur Nebensache. Dabei gibt es kurzfristige und langfristige Folgen bei Stickstoffdioxid-Belastungen. Studien zeigen, dass die örtliche Belastung mit Stickoxiden, beziehungsweise Verkehrsabgasen durchaus einen Zusammenhang mit der Häufigkeit von Asthma aufweist. Dabei kommen viele Aspekte zum Tragen. Wie etwa Ozon, das die Atemwege reizt, und

für dessen Entstehung besonders auch Stickoxide verantwortlich sind. Andere Untersuchungen stellten fest, dass Luftschadstoffe Allergene aggressiver machen können, also das Allergen in Pollen so verändern können, dass Reaktionen stärker auftreten. Hier wird vermutet, dass davon vermehrt Pflanzen in Ballungsräumen betroffen sind. In einer Stellungnahme des Umweltbundesamtes wird schon Ende der 1990er Jahre darauf hingewiesen, dass die Schadstoffemissionen der Autos höher sind als die sogenannten Typprüfwerte. Das Umweltbundesamt hat zudem im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, dass sich die Luft in den Städten in den vergangenen 15 Jahren nicht verbessert hat.

Der Deutsche Allergie- und Asthmabund vermisst entscheidende Konsequenzen, denn die Gesundheit der Bevölkerung muss über dem wirtschaftlichen Profit

stehen. Dazu gilt es auch die Frage zu klären, welche zukünftigen Regelungen geschaffen werden müssen, damit Stickoxid-Grenzwerte auf der Straße eingehalten werden, beziehungsweise welche alternativen Technologien in Zukunft für saubere Fahrzeuge genutzt werden können. Es muss nun endlich im Sinne des Gesundheitsschutzes gehandelt werden.



Unsere Gastautorin ist Geschäftsführerin des Deutschen Allergie- und Asthmabundes (DAAB), der in diesem Jahr sein 120-jähriges Bestehen feiert. Sie studierte Germanistik und arbeitet seit 25 Jahren für die Patientenorganisation.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.